



Wahlprogramm

zur Kommunalwahl 2016
im Landkreis Osnabrück



Kommunalpolitik zum Mitmachen

DIE LINKE.

Kreisverband Osnabrück-Land



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Präambel | 1 |
| 1. SOLIDARISCHE KOMMUNEN | 2 |
| 1.1 Mitbestimmung und Demokratie | 2 |
| 1.2 Kommunale Selbstverwaltung | 3 |
| 1.3 Flüchtlingen ein sicheres Zuhause geben | 4 |
| 2. SOZIALE KOMMUNEN | 5 |
| 2.1 Bildung für alle - gleiche Chancen von der Krippe bis zum Berufsabschluss | 5 |
| 2.2 Gesundheit und Pflege sind keine Ware | 6 |
| 2.3 Mobilität: Straßen, Verkehr und ÖPNV | 7 |
| 2.4 Barrierefreie Gesellschaft - Für alt und jung | 8 |
| 2.5 Geschlechtergerechtigkeit | 8 |
| 3. SOLIDE KOMMUNEN | 9 |
| 3.1 Rekommunalisierung - Privatisierung stoppen | 9 |
| 3.2 Wirtschaftsförderung | 10 |
| 3.3 Kommunale Beschäftigungspolitik | 11 |
| 3.4 Naturschutz | 12 |
| 3.5 Internet und Digitalisierung in der Fläche | 13 |

Präambel

Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN. Wir wollen Armut beseitigen und Reichtum umverteilen. Soziale Grundrechte, gute Arbeit für alle und freie Bildung. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und für künftige Generationen wieder verbessern. Wir wollen das öffentliche Eigentum stärken, die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen und verbessern. Wir haben eine Vision, wie wir den ökologischen Umbau sozial gerecht gestalten wollen. Wir stehen für den Frieden ein. Wir verteidigen die Bürgerrechte und wenden uns gegen den ständigen Abbau von Bürger- und Menschenrechten. Das macht von Anfang an unsere Politik aus.



Diese Politik wollen wir auch im Landkreis Osnabrück und seinen Kommunen vertreten.

Unsere Forderungen sind nicht abstrakt, sondern sehr konkret: So fordert DIE LINKE schon 2011 den Verkauf der RWE-Aktien des Landkreises, welche seither im Wert massiv eingebrochen sind. Außerdem wollen wir den Ausstieg aus dem Verlustflughafen Münster-Osnabrück schnellstmöglich umsetzen.

Mit den daraus resultierenden Einnahmen und den Überschüssen des Kreishaushaltes kann der Landkreis seine Städte und Gemeinden entlasten, indem er die Kreisumlage senkt und den Kommunen damit wieder Handlungsspielraum verschafft. Zum Beispiel für die Rekommunalisierung im Bereich der Daseinsfürsorge, für kostenfreie Kita-Plätze, ein warmes Mittagessen an Schulen, den Erhalt von Schwimmbädern, Bibliotheken und Jugendzentren, sowie zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen.

Wir sehen es als oberste Priorität an, dass dort wo Menschen leben wieder Politik und Gestaltung möglich wird.

Leider ist all dies nicht die derzeitige Politik des Landkreises, welcher Überschüsse einbehält, kostspielige Beteiligungen weiterführt und es zulässt, dass die Lebensverhältnisse in einigen Kommunen stark absinken, da diese unter der Finanzaufsicht des Landkreises keine sogenannten ‚freiwilligen Aufgaben‘ - wie die *Instandsetzung von Straßen und Wegen, Energie- und Wasserversorgung oder kulturelle (Musik- und Volkshochschulen, Bibliotheken, Museen, Theater, Sportstätten) und soziale (Armenfürsorge, Altenpflege, Krankenhäuser, Suchtberatung) Aufgaben* - mehr wahrnehmen dürfen.

Wir haben ein **solidarisches, soziales und solides Programm machbarer Alternativen**, dass wir zusammen mit möglichst vielen anderen weiterentwickeln und umsetzen wollen.

1. Solidarische Kommunen

Eine solidarische Gesellschaft muss Mitbestimmung in den Vordergrund stellen. Wir leben alle in Städten und Gemeinden, sie sind der Grundbaustein unserer Demokratie. Daher sollten sich auch alle Einwohnerinnen und Einwohner an den Entscheidungen vor Ort beteiligen können. Bürgerentscheide und Bürgerbefragungen zu wichtigen Themen sind grundsätzlich bei strittigen Fragen durchzuführen. Auch der Landkreis als übergeordnetes Organ der Städte und Gemeinden im Landkreis Osnabrück ist in der Pflicht die Solidarität und Gleichheit der Lebensverhältnisse in allen Kommunen zu ermöglichen. Die Senkung der Kreisumlage wäre dabei ein Schritt in die Richtige Richtung.

1.1 Mitbestimmung und Demokratie

Das Thema Demokratie ist für DIE LINKE fundamental, wollen wir doch die Menschen stärker an Entscheidungen beteiligen. Um diese Beteiligung zu ermöglichen ist es allerdings erforderlich, dass die Menschen die Abläufe besser verstehen und mehr Transparenz bei den Arbeits- und Entscheidungsprozessen im Kreishaus und den Kommunen entsteht.

Dazu gehört, dass die Abläufe in der Kreisverwaltung mit ihren Beschäftigten nach außen transparent und nachvollziehbar sind. Es darf keine Entscheidungen über Baumaßnahmen ohne Beteiligung und gegen die Mehrheit der vor Ort Betroffenen geben. Das gilt z.B. für die Ansiedlungen von Gewerbe- und Industriegebieten, für industrielle Tiermastanlagen oder für das Bohren nach Erdgas (Fracking).

Zur Mitbestimmung gehört die Verbesserung der Einflussmöglichkeiten für alle Einwohnerinnen und Einwohner durch Bürgerhaushalte. Diese Form der Bürgerbeteiligung ist ein in die Zukunft gesehen offener Prozess. Er wird gemeinsam mit den sich beteiligenden Menschen gestaltet. Sie sollen die Richtungen der Haushaltspolitik sowohl auf der Ausgaben-, als auch auf der Einnahmeseite unmittelbar mitbestimmen. Nicht nur die Verteilung, sondern auch die Aufbringung der Mittel soll schrittweise demokratischer Einflussnahme unterworfen werden.

Um die Voraussetzungen für mehr Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner zu ermöglichen ist es erforderlich die Hauptsatzungen, bzw. Geschäftsordnungen zu ändern.

Wir fordern:

- Fragestunde für die Einwohnerinnen und Einwohner zu Beginn und am Ende jeder Sitzung.

- Beteiligungsrecht von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen in den Ausschüssen und Räten.
- Erleichterung von Bürgeranträgen und Einwohnerbegehren.
- Den Ausschluss der Öffentlichkeit bei allen Sitzungen auf zwingend vorgeschriebene Ausnahmefälle begrenzen. (Personalangelegenheiten, schutzwürdige wirtschaftliche Interessen)
- Bürgerhaushalte

1.2. Kommunale Selbstverwaltung

Der Finanzausgleich zwischen den Städten und Gemeinden im Landkreis Osnabrück muss so gestaltet werden, dass Kommunen entsprechend ihrer Größe und Bevölkerungszahl finanzielle Mittel in gleicher Höhe zur Verfügung haben, um sogenannte freiwillige Aufgaben, wie z. B. Straßenbau/-Instandsetzung, Wasser, Energie, Kultur und Soziales, leisten zu können. Für die Umsetzung ist der Landkreis in der Verantwortung.

Darunter fällt, die Senkung der Abgabe von Städten und Gemeinden an den Landkreis (Kreisumlage). Zusätzlich müssen Mittel aus dem Kreishaushalt verstärkt zur Finanzierung finanzschwacher Kommunen genutzt werden.

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Sie will die Verteilung der Steuermittel von oben nach unten durchsetzen: Vom Bund und Land zu den Kommunen. Mehr Geld in den Städten und Gemeinden heißt auch mehr öffentliche Auftragsvergabe und mehr öffentliche Beschäftigung.

Dazu gehört auch alle gesetzlichen Einschränkungen aufzuheben, die es den Kommunen zurzeit verbieten oder erschweren, selbst wirtschaftlich tätig zu sein und so eigene Einnahmequellen zu erschließen.

Wichtig ist, dass der Privatisierungsdruck von den Kommunen genommen wird, damit die Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden Konzessionsabgaben, Gewinnbeteiligungen und andere Einnahmen aus kommunalen Betrieben oder Beteiligungen zu erzielen.

Wir fordern:

- Absenkung der Kreisumlage um zwei Punkte
- Sofortiger Verkauf des Aktienpakets der RWE
- Sofortiger Ausstieg am Pleiteflughafen Münster-Osnabrück
- Die Bemessungsbasis der bisherigen Gewerbesteuer soll deutlich verbreitert werden (Gemeindewirtschaftssteuer).

1.3. Flüchtlingen ein sicheres Zuhause geben

Der Schutz von Menschen in Not ist für DIE LINKE nicht verhandelbar. Die EU und die Bundesregierung bekämpft mit ihren Maßnahmen die Flüchtlinge statt deren Fluchtursachen. Eine völlig andere Außen- und Wirtschaftspolitik ist der einzige Weg, grundlegend etwas zu ändern und Fluchtursachen zu beheben.

In diesem Kommunalwahlprogramm weisen wir ausdrücklich auf das 10-Punkte-Papier der Fraktion DIE LINKE im Bundestag hin.

Eine menschenwürdige Aufnahmpolitik und schnelle Integration müssen die Ziele sein. Dazu gehören gute Standards bei der Unterbringung und vor allen Dingen auch bei der Betreuung; denn auch die Beratung fehlt heute fast vollständig.

Für den Landkreis und dessen Kommunen fordern wir weiterhin die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen. Massenunterkünfte zur dauerhaften Unterbringungen helfen weder den Flüchtlingen, noch der einheimischen Bevölkerung. In den Kommunen müssen Betreuungsstellen für Flüchtlinge und Informationsstellen für Fragen aus der Bevölkerung geschaffen werden.

Die Ausstattung und Aufnahmefähigkeit der Landesaufnahmebehörde Bramsche Hesepe ist aus unserer Sicht zu verbessern. Wir fordern, dass das Land hier aktiv wird. Die Registrierungen müssen vollständig und schnell durchgeführt werden können, damit Ordnung geschaffen und die notwendige Hilfe, z.B. die Verteilung in dezentrale Unterkünfte, schneller erfolgen kann.

Wir fordern:

- 10-Punkte-Papier der Bundestagsfraktion DIE LINKE umsetzen
- Beratungs-, Betreuungsstellen in den Kommunen für Flüchtlinge und einheimische Bevölkerung
- Dezentrale Unterbringung in den Kommunen
- Ausstattung und Aufnahmefähigkeit in der Landesaufnahmebehörde verbessern

2. Soziale Kommunen

Eine soziale Gesellschaft muss Reichtum von oben nach unten, von privat nach öffentlich verteilen und damit auch Neues schaffen: vor allem eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge - *Bildung, Gesundheit, Kultur, Verkehr, Energieversorgung etc.* - für alle bereitstellen. Dabei geht es um große Investitionen ebenso, wie um die kleinen praktischen Schritte für einen besseren Alltag. Beispielsweise ein unentgeltliches warmes und gesundes Mittagessen in allen Kitas und Schulen.

2.1. Bildung für alle - gleiche Chancen von der Krippe bis zum Berufsabschluss

Bildung ist eine wichtige Grundvoraussetzung für die Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens. Daher ist DIE LINKE davon überzeugt, dass allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unabhängig von ihrer örtlichen und sozialen Herkunft der Zugang zur Bildung gleichermaßen frei und ohne Barrieren zugänglich gemacht werden muss.

Der Landkreis hat die Pflicht gleiche Chancen für alle zu ermöglichen und zwar unabhängig von der Finanzkraft einer Kommune oder dem Einkommen der Eltern. Dazu zählen ausreichend gebührenfreie Krippen- und Kitaplätze, sowie ein umfangreiches Angebot an barrierefreien Schulen. Integrierte Gesamtschulen (IGS) sind wohnortnah einzurichten.

Grundsatz linker Politik im Landkreis ist: „Kostenfreie Bildung von der Krippe bis zur beruflichen Weiterbildung“.

Wir fordern:

- Kostenfreie Krippen und Kitaplätze
- Schaffen von Gesamtschulen mit Abiturangebot
- Schulgebäuden sind zu sanieren und modernisieren
- Kostenfreie warme Mittagsverpflegung in Krippen, KiTa's und Schulen
- Lernmittelfreit
- Kostenfreie Schülerbeförderung (ohne km-Begrenzung)
- Bedarfsorientierte Einstellung von Schulsozialarbeiter_innen sowie Förderpädagog_innen
- Jugendzentren einrichten, fördern und mit qualifiziertem Personal ausstatten

2.2. Gesundheit und Pflege sind keine Ware

Ausgangspunkt für DIE LINKE ist: Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung jeder und jedes Einzelnen. Die Schließung regionaler Krankenhäuser, wie z.B. in Dissen, ist für DIE LINKE nicht zu akzeptieren. Durch gesteuerte Nicht-Investitionen des Landes Niedersachsen wird das Gesundheitswesen systematisch privatisiert. Statt einer privaten und damit profitorientierten Krankenhausstruktur, die zur Absenkung der Versorgungsqualität führt, wollen wir eine Patienten- und gesundheitsorientierte Versorgung. Für das Osnabrücker-Land sehen wir den Landkreis in der Verantwortung hierfür Sorge zu tragen.

DIE LINKE setzt sich für ein öffentliches und wohnortnahes Gesundheitswesen ein, welches schnelle Hilfe ermöglicht und Leben rettet. Die Wirtschaftlichkeit von Krankenhäusern darf nicht an erster Stelle stehen. Wir wollen, dass der Landkreis Osnabrück dieser Verpflichtung gerecht wird.

Angesichts des vor uns liegenden Hausärztemangels im ländlichen Raum fordern wir eine Überprüfung des Bedarfs im Landkreis Osnabrück und ein Programm zur Sicherung der wohnortnahen Versorgung. Versorgungslücken müssen frühzeitig erkannt werden, um ihnen gezielt entgegenwirken zu können.

Der Pflegenotstand ist auch im Osnabrücker-Land ein Thema. Die notwendige Reform der Pflegeversicherung ist Aufgabe des Bundes. Der Landkreis muss sich als ein Kostenträger (neben den Pflegekassen) dafür einsetzen, dass die Pflegsätze in Pflegeheimen in Niedersachsen und insbesondere im Osnabrücker Land dem Bundesdurchschnitt angeglichen werden. Wir fordern alle Beteiligten dazu auf, dafür zu sorgen, dass Pflegebedürftigkeit und Krankheit nicht länger zu Altersarmut führt.

Es geht uns um die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes als Beitrag zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Versorgung.

Wir fordern:

- Keine Privatisierung von Krankenhäusern
- Einhaltung tariflicher Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegewesen
- Wohnortnahe Gesundheitsversorgung (Hausärzte / Krankenhäuser)
- Poliklinischen Strukturen in öffentlicher Trägerschaft ausbauen und fördern (verschiedene Fachärzte/ambulante Untersuchung und Behandlung)
- Förderung alternativer ambulanter Gemeindeschwesterstationen
- Hebammen bei Versicherungsbeiträgen entlasten

2.3. Mobilität: Straßen, Verkehr und ÖPNV

Mobilität ist für DIE LINKE ein Grundrecht und in modernen Gesellschaften unverzichtbar für die volle Teilnahme am öffentlichen und sozialen Leben. Sie ist notwendig um einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können und eine wichtige Voraussetzung dafür, dass jeder Mensch die verschiedenen Freizeitmöglichkeiten wahrnehmen kann.

Als DIE LINKE im Landkreis Osnabrück ist unser Ziel der kostenlose ÖPNV, allerdings können wir uns auf diesem Weg mittelfristig die Einführung eines Bürgertickets, für alle im Landkreis lebenden Personen, vorstellen. Um den ÖPNV auszubauen und attraktiver zu gestalten sind erhebliche finanzielle Mittel notwendig. Als DIE LINKE wollen wir verschiedene Möglichkeiten im Landkreis auf die Umsetzbarkeit prüfen.

Eine Tarifgestaltung, die deutlich unter dem jetzigen Niveau liegt und Sozialtickets für geringe Einkommen fordern wir als Sofortmaßnahme.

Für den Individualverkehr wird das Auto weiterhin das am häufigsten genutzte Verkehrsmittel bleiben. Zum Einen, weil Busse und Bahnen bislang keine attraktiven Alternativen sind und auch weil es im ländlichen Raum die flexibelste Möglichkeit für Mobilität darstellt. Wir wollen daher neben der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs auch dafür sorgen, dass unser Straßennetz - *im Landkreis, den Gemeinden und Ortschaften* - wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand versetzt wird. Dazu ist ein einmaliges öffentliches Investitionsprogramm notwendig. In Zukunft muss den Kommunen mehr Geld für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stehen.

Den Lasten- und Güterverkehr wollen wir von der Straße auf die Schiene und Binnenschifffahrt verlagern und das LWK aufkommen verringern.

Wir fordern:

- Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs steigern
- Barrierefreier Ausbau des Öffentlichen-Personen-Nah-Verkehrs (ÖPNV)
- Investitionsprogramm zur Sanierung der bestehenden Straßen und Brücken im Landkreis Osnabrück
- Ausbau und Instandsetzung sicherer Fahrradwege
- Wiederinbetriebnahme von stillgelegten Bahnstrecken und Bahnhöfen
- Einführung von Sammeltaxen, Mini- und Rufbussen
- Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und Binnenschifffahrt
- Ablehnen von unnötigen neuen Straßen (Keine A33-Nord)

2.4. Barrierefreie Gesellschaft - Für alt und jung

Selbstbestimmt und mittendrin: Eine inklusive Gesellschaft ohne Hindernisse, das ist es was DIE LINKE als barrierefreie Gesellschaft versteht. Teilhabe ist besonders für Menschen mit Behinderung aber auch im Hinblick einer älter werdenden Gesellschaft, von immer größerer Bedeutung. Dieser Tatsache müssen wir ins Auge blicken und gemeinsam dafür sorgen, dass Hindernisse im öffentliche Raum abgebaut werden und dieser für alle zugänglich wird/bleibt.

Wir setzen uns für die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen und ihren Interessenvertretungen ein. Das beinhaltet die Förderung unabhängiger Beratung, die Unterstützung von Betroffenenverbänden, die Stärkung der Rechte von Betriebs- und Personalräten, Schwerbehindertenvertretungen, Werkstatträten und Stimm- / Rederecht von Beiräten (z.B. Behindertenbeirat des Landkreises) in den Ausschüssen des Kreistags.

Der Landkreis muss für ausreichend barrierefreien Wohnraum sorgen. Alternative Wohnformen im Alter insbesondere gemeinsame Wohnformen für mehrere Generationen sind vom Landkreis zu fördern. Sozialer Wohnungsbau muss wieder zur Aufgabe des Landkreises werden und verstärkt zur Umsetzung gelangen.

Wir fordern:

- Umbau aller nicht barrierefreien öffentlichen Gebäude
- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- Unterstützung der Senioren- und Behindertenbeiräte
- Einrichtung einer Beratungsstellen für das Persönliche Budget
- Bau von barrierefreien und bezahlbaren Wohnungen für alle Generationen
- Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt integrieren

2.5. Geschlechtergerechtigkeit

DIE LINKE will auch im Landkreis Osnabrück Regelungen zur Geschlechtergerechtigkeit auf dem privaten und öffentlichen Arbeitsmarkt umsetzen.

Wir unterstützen Maßnahmen, die zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitragen, streiten für gleichen Lohn für gleiche/gleichwertige Arbeit, für die Verkürzung der Arbeitszeit und für die gerechte Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit auf Männer und Frauen. Wir lehnen prekäre, ungesicherte Beschäftigung und eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeit ab. Dies ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, welches sich jedoch bei Frauen besonders auswirkt.

Vielmehr wollen wir Arbeitszeiten und Arbeitsmöglichkeiten in der Weise gestalten und sozial absichern, dass sie familien- und kinderfreundlich sind. Wir unterstützen die Interessen von abhängig beschäftigten Frauen und fordern flexiblere Arbeitsmodelle für Alleinerziehende. Familienplanung bei jungen Familien muss mit der Arbeitswelt besser vereinbar sein. Dazu muss auch die traditionelle Arbeitsteilung der Geschlechter verändert werden.

Wir fordern:

- Gleichstellungspolitik muss bei der Vertragsvergabe und Unternehmensförderung einbezogen werden
- Maßnahmen, die zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitragen
- Soziale Sicherungssysteme, die Benachteiligungen beseitigen
- Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Gesellschaftliche Aufwertung von erzieherischen, pflegerischen und sonstigen Dienstleitungen die zumeist von Frauen ausgeübt werden
- DIE LINKE wird Frauenhäuser dem Bedarf entsprechend ausstatten

3. Solide Kommunen

Nur nachhaltige Kommunen sind solide Kommunen. Der Ausverkauf von kommunalem Eigentum zur kurzfristigen Einnahmesteigerung steht einer soliden Kommune diametral entgegen. Das bedeutet für DIE LINKE Privatisierungen zu stoppen und dort zu rekommunalisieren, wo es sich um die öffentliche Daseinsvorsorge handelt. Die Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen und eine faire kommunale Beschäftigungspolitik - auch bei Auftragsvergaben - sind die Grundlage gesunder und solider Kommunen.

3.1. Rekommunalisierung - Privatisierung stoppen

Privatisierungen von öffentlichem Eigentum bedeuten langfristig eine Enteignung der Bürgerinnen und Bürger. Öffentliche Aufgaben werden dabei langfristig teurer und qualitativ schlechter. In der Regel stehen privatwirtschaftliche Interessen zur Profitmaximierung dem Wunsch der Einwohnerinnen und Einwohner nach Versorgungssicherheit und fairen Preisen entgegen. In vielen Gemeinden wurden Teile der Daseinsfürsorge, wie z.B. die Wasser- und Abwasserversorgung privatisiert und das Ergebnis waren höhere Endverbraucherpreise. Diese sogenannten Sparmaßnahmen führen langfristig dazu, dass die Städte und Gemeinden - zur gesetzmäßigen Sicherstellung der Versorgung - alleine für Instandsetzungsmaßnahmen aufkommen müssen, wenn die privaten Betreiber den Profit abgeschöpft haben. So zahlt die öffentliche Hand am Ende doppelt.

Neue Sozialwohnungen müssen gebaut und der Ausverkauf von kommunalem Eigentum gestoppt werden. Wir sehen Sozialwohnungen als Teil der Kommunalwirtschaft an, um steigenden Mieten entgegenzuwirken.

DIE LINKE wird alle Initiativen unterstützen um die Privatisierung von öffentlichem Eigentum zu verhindern. Gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern wollen wir gemeindeeigene Genossenschaften zur Selbstversorgung gründen.

Wir fordern:

- Keine weiteren Privatisierungen von öffentlichem Eigentum
- Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge
- Programm zum sozialen Wohnungsbau umsetzen und den Ausverkauf stoppen
- Funktionierende Kommunalwirtschaft auf- / ausbauen (z.B. Energie und Wasser)
- Kommunale Selbstverwaltung erhalten (TTIP stoppen)

3.2. Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung muss sich an den Bedarfen der Region orientieren und nicht umgekehrt. Dabei geht es vor allem um die aktive Unterstützung von regionalen und ökologischen Wirtschafts- und Stoffkreisläufen. Dies führt zu mehr Wertschöpfung und mehr Beschäftigung vor Ort.

Gleichzeitig muss die Zusammenarbeit der Kommunen befördert und die Konkurrenz unter den Städten und Gemeinden reduziert werden.

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Osnabrück (WIGOS) ist darauf auszurichten, den sozial-ökologische Umbau umzusetzen.

DIE LINKE ist die Partei der klein- und mittelständischen Unternehmen. Diese Unternehmen gilt es zu fördern, da hier zum Einen die meisten Arbeitsplätze geschaffen und im Gegensatz zu großen Konzernen auch Steueraufkommen für die Kommunen generiert werden kann.

Langfristig wird die einseitige Exportorientierung von Unternehmen im Landkreis sich bei konjunkturellen Schwankungen überproportional zum Bundesgebiet auf die Einwohnerinnen und Einwohner auswirken. Mittel- und langfristig ist das Ziel linker Wirtschaftsförderung der Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe bei gleichzeitigem Erhalt von Wohlstand.

Wir fordern:

- Förderung von regionalen Wirtschafts- und Stoffkreisläufen
- Investitionsmittel für wirtschaftliche Zukunftsfelder (Digitalwirtschaft)
- Sozial-ökologischer Umbau
- Erhalt von Wohlstand und Kaufkraft
- Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen
- Berücksichtigung von Teilhabe- und Mitspracherechten der Belegschaft
- Keine Förderung von Betrieben, welche keine Tariflöhne zahlen
- Keine Förderung von Rüstungsbetrieben und Rüstungsforschung
- Bestehende Industrie- und Gewerbeflächen sind nach Möglichkeit vor der Schaffung neuer Flächen zu verdichten.

3.3. Kommunale Beschäftigungspolitik

Leiharbeit, Werkverträge, Wanderarbeit, unfreiwillige Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, zeitliche Befristungen und Scheinselbstständigkeit sind auch im Landkreis Osnabrück weit verbreitet. Hier gilt es mit den Mitteln des Landkreises und der Mitgliedskommunen gegenzusteuern.

Prekäre Beschäftigung darf durch den Landkreis nicht gefördert werden. Öffentliche Ausschreibungen sind an die Bedingung zu knüpfen, dass prekären Arbeitsverhältnisse ausgeschlossen werden. Unternehmen oder Subunternehmen, die sich daran nicht halten, sind von der Auftragsvergabe auszuschließen.

Statt den indirekten Maßnahmen zur Beschäftigungspolitik fordern wir die Stärkung und den Ausbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors. Im Zuge des neoliberalen Abbauprogramms in den Kommunen sind viele Fähigkeiten zur Selbstverwaltung verloren gegangen und haben sich Dienstleistungen der Gemeinden und Städte für die Einwohnerinnen und Einwohner verschlechtert.

Kommunale Beschäftigungspolitik ist mehr als ein Kostenfaktor, es ist die Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung. DIE LINKE sieht einen erheblichen Bedarf für gesellschaftlich notwendige Aufgaben im Landkreis, den Städten und in den Gemeinden. Hier können in großem Maße Arbeitsplätze geschaffen werden, die z.B. im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, der kommunaler Energieversorgung, der wohnortnahen Gesundheitsversorgung, des sozialen Wohnungsbaus, der Kindertagesstätten, der Gebäudereinigung oder im Bereich des barrierefreien Umbaus benötigt werden.

Wir fordern:

- Stärkung des öffentlichen Beschäftigtensektors
- Tariflöhne bei öffentlicher Auftragsvergabe
- Prekäre Beschäftigung bekämpfen - 10,36€ Mindestlohn bei öff. Ausschreibungen
- Beratungsangebote für Wanderarbeiter
- Keine Befristung ohne sachlichen Grund

3.4. Naturschutz

Die vordringliche Aufgabe des Naturschutzes ist eine nachhaltige Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen auch für kommende Generationen. Dazu ist ein funktions-tüchtiger und leistungsfähiger Naturhaushalt unerlässlich, der nur durch umfassenden Schutz, insbesondere des Bodens, des Grund-, Oberflächen- und Trinkwassers, des Klimas, der Biotop- und Artenvielfalt, erreicht werden kann.

Gegenwärtig ist die Nutzung der Landschaft sowie ihrer natürlichen Ressourcen auf Wachstum und Profit ausgerichtet. So hat die Naturzerstörung weltweit alarmierende Ausmaße angenommen. Im Konflikt zwischen Ausbeutung und Schutz hat die Natur geringe Chancen. Zerschnittene Landschaften, zunehmend versiegelte Böden, Schadstoffeinträge in Luft und Gewässer und zerstörte Biotope führen zu einem fortschreitenden Verlust der biologischen Vielfalt.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Ökosystemdienstleistungen in die Abwägung von Wirtschafts- und Naturschutzinteressen gleichwertig eingehen.

Wir fordern:

- Fracking verbieten
- Rücksichtslosen Abbau von Kies, Naturgips, Torf, Sand und anderen Rohstoffen ist entgegenzutreten
- Naturschutz und kommunale Wirtschaftskreisläufe verbinden
- Umweltverträgliche Nutzung von Wäldern
- Genehmigung neuer Biogasanlagen nur, wenn damit landwirtschaftliche Abfälle verwertet werden
- Keinen Ausverkauf kommunaler Grundstücke
- Nettetal erhalten

3.5. Internet und Digitalisierung in der Fläche

Der Breitbandausbau geht immer noch schleppend voran. Obwohl CDU, SPD und FDP in all den Jahren in denen sie an der Regierung waren schnelles und flächendeckendes Internet versprochen haben, können wir noch immer nicht behaupten, dass unsere Kommune für die Zukunft gewappnet sei. Dabei ist das Internet nicht erst seit heute ein wichtiger Teil unseres sozialen, kulturellen und politischen Lebens. Auch für Handwerksmeister, Freiberufler, mittelständische und große Firmen ist das Internet essentiell um für ein wirtschaftliches Leben in unserer Kommune sorgen zu können. Das geht aber zukunftssicher nur über Glasfaseranschlüsse, die soweit verlegt sind, dass Hausbesitzer entscheiden können diesen bis in ihren Keller zu verlegen. Sowohl Mobilfunktechnik als auch alte Kupferleitungen können die Leistung von Glasfaser nicht ersetzen. Und sind zudem wenig zukunftssicher.

DIE LINKE will sich daher dafür einsetzen, dass Fördermittel für den Breitbandausbau in unserer Kommune nur an Anbieter vergeben werden, die damit den Glasfaserausbau voranbringen. Für Zwischenlösungen wie das Vectoring wollen wir keine Steuermittel bereitstellen. Und wir wollen die Unternehmen, die einen mit Fördermitteln finanzierten Breitbandausbau vorantreiben, dazu verpflichten, Anschlüsse anzubieten, die den Kunden eine echte Netzneutralität gewähren. Nicht nur ein gedrosseltes oder halbes Internet bei dem der Kunde für bestimmte Dienste draufzahlen muss.

DIE LINKE will auch prüfen, in wie weit sich die Kommunen im Bereich des Breitbandausbaus engagieren können. So kann es oftmals ein wichtiges kommunales Unternehmen sein, dass den Breitbandausbau voranbringt und dabei auch die Netzneutralität gewährleistet.

Die Digitalisierung stellt auch das Angebot der Verwaltung vor neue Herausforderungen und Aufgaben. Um diesen Herausforderungen gut gewappnet zu sein müssen neue Stellen in der Verwaltung geschaffen werden.

Wir fordern:

- Schnelles und flächendeckendes Internet
- Glasfaseranschlüsse
- Netzneutralität
- Fördermittel für den Breitbandausbau
- Fachdezernat für den digitalen Wandel

www.dielinke-os-land.de

DIE LINKE.Osnabrück-Land

Bgm.-Rolfes-Str. 11a, 49163 Bohmte

Telefon: 05471/950331

E-Mail: info@dielinke-os-land.de

V.i.S.d.P.: Lars Büttner, Kreisgeschäftsführer